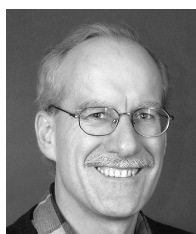


Jenseits von Darfur

Zum EU-Engagement im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik



Dr. HANS-GEORG EHRHART, geb. 1955, ist stellvertretender Leiter des Zentrums für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Hans-Georg Ehrhart | **Der siebte Afrika-Einsatz der EU geht in die Nachbarländer des Sudan, die eine gemeinsame Grenze mit der Krisenregion Darfur haben. Diese auf ein Jahr begrenzte „Überbrückungsoperation“ soll das gegenwärtige Engagement der AU bis zum Eintreffen der UN-Blauhelme unterstützen. Keine leichte Aufgabe angesichts der schwierigen Lage vor Ort.**

Ein kleines Jubiläum ist zu vermelden: Die EU schickt sich an, ihre 20. Krisenmanagementoperation seit 2003 in Angriff zu nehmen. Zum siebten Mal geht es nach Afrika. Dort engagiert sich die Union zurzeit mit zwei zivilen Operationen zur Reform der Polizei und des Militärs im Kongo, nachdem sie dort zweimal militärisch interveniert hat.¹ Zudem ist sie mit einer zivil-militärischen Mission im Sudan engagiert, welche die Afrikanische Union (AU) in ihrem bislang vergeblichen Bemühen unterstützt, den Völkermord in Darfur einzudämmen.

Nun geht es in den Osten des Tschad und den Nordosten der Zentralafrikanischen Republik (ZAR), also in

jene Nachbarländer des Sudan, die eine gemeinsame Grenze mit der Krisenregion Darfur haben. In der Region scheint sich ein „Fenster der Möglichkeiten“ zu öffnen: Im Juli 2007 wurde die UN/AU-Hybridoperation (UNAMID) für Darfur beschlossen und zwei Monate später die multidimensionale UN-Präsenz im Tschad und in der ZAR (MINURCAT).² Im Tschad hat sich seit Februar 2007 ein interner politischer Dialog entwickelt (an dem die Rebellen jedoch noch zögern teilzunehmen), der 2009 zu Wahlen führen soll. Ende Oktober fand eine – erfolglose – Friedenskonferenz über Darfur in Libyen statt, die im Dezember einen neuen Anlauf nehmen soll.

¹ Vgl. Hans-Georg Ehrhart: Zwischen rationalistischem Kalkül und Logik der Angemessenheit: Zur Ethik des Befriedigungskonzepts von VN und EU im Kongo, *Sicherheit und Frieden (S + F)*, 3/2007, S. 105–111.

² MINURCAT soll 300 Polizisten, 50 Verbindungsoffiziere und eine angemessene Zahl von zivilem Personal umfassen. Vgl. S/RES/1778 (2007) vom 25.9.2007, S. 3.

Vor diesem Hintergrund besteht das strategische Ziel der EU darin, mit ihren politischen, humanitären und sicherheitspolitischen Mitteln zu einer Lösung der Darfur-Krise im Rahmen eines globalen und regionalen Ansatzes beizutragen, um eine Verschärfung oder ein Übergreifen auf angrenzende Gebiete zu verhindern. Sie will die noch laufende Operation der AU in Darfur unterstützen, bis diese durch die UNAMID abgelöst wird. Dieses Vorhaben war bereits seit letztem Jahr von den Vereinten Nationen verfolgt worden, konnte aber vor allem wegen der sudanesischen Obstruktionspolitik bislang nicht umgesetzt werden. Zudem will die EU durch die Entsendung von EUFOR Tschad/ZAR mit bis zu 4000 Soldaten an der Stabilisierung der an Darfur angrenzenden Regionen mitwirken, bis dieser Einsatzverband spätestens nach einem Jahr von einer UN-Blauhelmtuppe abgelöst wird.³ Es handelt sich also um eine so genannte „Überbrückungsoperation“, wie sie die EU bereits 2003 für knapp vier Monate im Osten des Kongo durchgeführt hat.⁴

Hauptaufgabe des Militärkontingents ist es, zu einem stabilen Sicherheitsumfeld im Osten des Tschad und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik beizutragen. So will die EU das Wirken der ebenfalls vorgesehenen Polizeieinheiten der UN und der seit langem dort tätigen humanitären Organisationen unterstützen sowie zu größerer Sicherheit der Flüchtlinge in der Region beitragen.

Zudem sollen die Voraussetzungen für die Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung in ihre Heimatregionen geschaffen werden. Keine leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, dass sich 230 000 Flüchtlinge aus Darfur und 150 000 Binnenflüchtlinge aus dem zerrütteten Tschad in der Krisenregion aufhalten, wo sie Übergriffen der verschiedenen Kriegsparteien oder marodierender Banden ausgesetzt sind. Um die Ernährung der Flüchtlinge sicherzustellen, müsste nach Angaben des Welternährungsprogramms eine Flotte von 8000 Lastwagen über Libyen und Kamerun in die Krisenregion geschickt werden, wofür allerdings noch 80 Millionen Dollar fehlen.⁵

8000 Lastwagen müssten in die Krisenregion geschickt werden, um die Flüchtlinge mit Nahrung zu versorgen.

Vielfältige Interessen

Problematisch sind auch die vielfältigen und zum Teil gegensätzlichen Interessen, welche die EU in ihr Kalkül einbeziehen muss. Da ist zum einen Idris Déby, der Präsident des Tschad, der sich 1990 mit sudanesischer Unterstützung an die Macht putschte und sich seitdem mit einer Mischung aus Intrigen und Demokratisierungsversprechen an der Macht hält. Dem kranken Déby geht es in erster Linie um Machterhalt. Diese Politik brachte ihn in Konflikt mit dem Sudan, seitdem er Rebellenbewegungen unterstützt, die in Darfur gegen das Regime in Khartum kämpfen.

³ Vgl. General and External Affairs Council, 15/16 October 2007, 13720/07, S. 10–12.

⁴ Bei der EUFOR RD Congo vom letzten Jahr handelte es sich um eine „Stand-by-Operation“. Der Einsatzverband hatte die primäre Aufgabe, Störer der ersten freien Wahlen nach über 40 Jahren abzuschrecken und die UN-Blauhelmtuppe MONUC zu unterstützen.

⁵ Vgl. *Chad: More aid needed now but peacekeepers not expected for months*, www.irinnews.org/PrintReport.aspx?ReportId=74163.

Der Sudan zahlt mit gleicher Münze zurück. Er unterstützt Regimegegner innerhalb des Tschad und die arabischen Reitermilizen Dschandschaweed, die mittlerweile nicht nur in Darfur ihr blutiges Unwesen treiben, sondern auch im Nachbarland. Bemühungen, diesen Stellvertreterkrieg zu beenden, sind bislang gescheitert – obwohl Libyen, Eritrea und Saudi-Arabien um Vermittlung bemüht sind und die Präsidenten des Tschad und der ZAR zum wiederholten Mal entsprechende Verpflichtungen unterschrieben haben.

Der Präsident der ZAR, François Bozizé, putschte sich 2003 an die Macht und wurde 2005 durch Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in seinem Amt bestätigt. Er wird politisch und militärisch von Frankreich

Frankreich fürchtet eine „Somalisierung“ der gesamten Region.

und der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion unterstützt, die Soldaten für die Multinationale Streitkraft (Force Multinationale en Centrafrique/FOMUC) stellt. Er befürwortet einen inklusiven politischen Dialog, doch erst wenn sich die Sicherheitslage verbessert. Diese Forderung zielt auf die angebliche Unterstützung der zentralafrikanischen Rebellenbewegung UFDR durch den Sudan.

Frankreich ist langjähriger Schutzpatron von Bozizé und Déby. Den Präsidenten des Tschad hält es für einen Stabilitätsfaktor dieses politisch und ethnisch zerrissenen Landes. Dabei spielen historische Bindungen ebenso eine Rolle wie geostrategische

Interessen. Einerseits hat Paris einer interventionistischen Politik in Afrika abgeschworen; dementsprechend hat es sein militärisches Engagement auf dem schwarzen Kontinent heruntergefahren. Andererseits versucht es seine Afrika-Politik zu europäisieren, mit entsprechenden Hoffnungen bezüglich eines deutschen Engagements.⁶ Das bringt Legitimation, spart Kosten und schafft Einfluss. Zugleich bleibt Frankreich mit mehreren afrikanischen Staaten über Verteidigungsabkommen verbunden. So sind auf der Basis solcher bilateralen Abkommen zurzeit 1100 Soldaten permanent im Tschad und 300 in der Zentralafrikanischen Republik stationiert. Die durch die Gewaltakte verschärfte Flüchtlingsmisere im Tschad und in der ZAR erhöht die Instabilität in Ländern, die zu den ärmsten und korruptesten der Welt gehören. Paris fürchtet letztlich eine „Somalisierung“ der gesamten Region, so dass es auf verschiedenen Ebenen – UN, EU, bilateral – aktiv ist, um den Krisenherd einzudämmen.

Es weiß sich dabei an der Seite der USA, die ihrerseits mehrere Interessen im Tschad verfolgen: Erstens sind die Mineralölkonzerne Exxon und Chevron führend an der Ausbeutung des Ölfelds Doba beteiligt. Zweitens sieht Washington im Tschad einen strategischen Alliierten im Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus. Drittens befürchten die USA, im Falle einer Verschlimmerung der Lage unter erhöhten Handlungsdruck zu geraten; dies zu einer Zeit, in der ihre militärischen Kräfte voll ausgelastet sind.

⁶ Vgl. Jean-Marc Châtaigner: Zwischen Reform und Tradition: *Die französische Afrikapolitik heute*, Hintergrundinformation aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Friedrich-Ebert-Stiftung, Oktober 2006.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Heiko Sakurai

Wo es um Rohstoffe in Afrika geht, ist China nicht weit. So soll es Rebellen im Kampf gegen Déby unterstützt haben. Daraufhin hat dieser im letzten Jahr die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abgebrochen und Verhandlungen mit Peking über die Exploration weiterer Ölfelder begonnen. Für das Reich der Mitte, das bereits über 60 Prozent des sudanesischen Öls abnimmt, wäre ein weiteres energiepolitisches Drehkreuz, dieses Mal an der afrikanischen Westküste, von großem Interesse.⁷

Vor dem Hintergrund dieser Interessenlage wollen die UN und die EU das Flüchtlingsdrama im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik mildern, die Sicherheitslage verbessern und die Beziehungen zwischen dem Tschad, der ZAR und dem Sudan normalisieren. Diese Bemühungen machen nur Sinn, wenn die im Juni

von den Vereinten Nationen beschlossene Hybridoperation für Darfur ebenfalls vor Ort ist, weil nur so die grenzüberschreitenden Bewegungen der Rebellen und Banden unterbunden werden können.

Keine leichte Aufgabe für die EU

Wir haben es also mit einer Vielzahl von substaatlichen, staatlichen und internationalen Akteuren und Interessen und einer komplexen Abfolge von Aktivitäten zu tun. Das macht die Aufgabe nicht leichter. Die EU kann einerseits an ihr bisheriges Engagement anknüpfen. Dieses reicht von humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen in beiden Ländern über die Förderung von Wahlen im Tschad bis hin zur Finanzierung der FOMUC in der Zentralafrikanischen Republik. Geplant sind ferner Maßnahmen zur Reform des Militärs und der Polizei.⁸

⁷ Roy May und Simon Massey: *Chad. Politics and Security*, Writenet Report, März 2007, S. 12–15.

⁸ Die Europäische Kommission will 2008 folgende Maßnahmen im Einsatzgebiet finanzieren: Humanitäre Hilfe (38,5 Millionen), Sicherheitssektorreform (10 Millionen), Wiederaufbau und Eingliederungshilfen (13 Millionen), vgl. www.eu-un.europa.eu/.

Andererseits muss sie auf politische Sensibilitäten der betroffenen Länder Rücksicht nehmen.

Darum sieht sie sich in ihrem Krisenmanagementkonzept und angesichts ihrer Möglichkeiten zu Einschränkungen genötigt, die problematisch sind und sogar den Erfolg der Mission infrage stellen könnten. So soll die Kontrolle der Grenze nicht zum Mandat gehören, sondern unter

Nach sechs Monaten soll eine Zwischenbilanz gezogen werden – das ist löblich.

ausschließlich nationaler Verantwortung bleiben, obwohl die grenzüberschreitenden Bewegungen bewaffneter Gruppen ein Kernproblem sind. Des Weiteren soll das EU-Kontingent nicht in Flüchtlingslagern und im unmittelbaren Umfeld eingreifen, obwohl nicht gewiss ist, ob die dafür vorgesehenen tschadischen und UN-Polizeikräfte dazu in der Lage sind. Schließlich soll sich das Kontingent nicht in die inneren Angelegenheiten der beiden Länder einmischen, obwohl deren Sicherheitskräfte für die Flüchtlinge und für die eigene Bevölkerung ein Teil des Sicherheitsproblems darstellen.

Weitere Fragen harren einer Antwort: Ist die EU in der Lage, über ein ganzes Jahr die sehr anspruchsvollen

Fähigkeiten bereitzustellen, die angesichts der Größe des Einsatzgebiets und der besonderen Anforderungen des Geländes notwendig sind? Wird die EU die im Krisenmanagementkonzept geforderte Stärke von 4000 Einsatzkräften erreichen? Wie wird sie sich gegenüber den bewaffneten Rebellen verhalten, die gegen Idris Déby kämpfen?⁹ Was passiert, wenn die erwünschte UN-Blauhelmtuppe, die das EU-Kontingent ablösen soll, nicht pünktlich oder gar nicht erscheint?

Dass die EU der Sache selbst nicht ganz traut, ist daran zu erkennen, dass nach sechs Monaten die Wirkung des europäischen Einsatzes auf die humanitäre und die Sicherheitslage überprüft werden soll. Das ist ein löbliches Unterfangen, nur soll diese Überprüfung anhand von Indikatoren der Vereinten Nationen erfolgen, die noch nicht feststehen. Bleibt nur zu hoffen, dass das offiziell angestrebte Ziel – vollständige Stationierung der Polizeikräfte und des Einsatzverbands der UN sowie die Umsetzung von Wiederaufbau- und Hilfsprogrammen für die freiwillige Rückkehr der Vertriebenen – nach spätestens zwölf Monaten erreicht werden wird. Zweifel sind allerdings angebracht!

⁹ Einige Rebellengruppen haben bereits angekündigt, gegen eine von Frankreich geführte EU-Truppe vorzugehen, wenn sie sich nicht neutral verhält. Sie akzeptieren angeblich den humanitären Auftrag, aber keine Unterstützung Débys. Vor diesem Hintergrund könnte es sich als Versäumnis erweisen, dass die gemeinsame Vorbereitungsmission von EU und UN keinen Kontakt zu den Rebellen gesucht hat. Vgl. *Chad: Rebels warn of 'total war' if EU force is not neutral*, <http://allafrica.com/stories/printable/200709140923.html>.